

## Mainzer Aspekte

### Verbale Handgreiflichkeiten



#### ■ Joachim Knapp zur Diskussion um die Mainzelbahn

Eigentlich wollten die Stadtwerke diesmal ja alles richtig machen – ganz anders als beim Kohlekraftwerk, an dessen Scheitern die Öffentlichkeitsarbeit nicht unschuldig war. Frühzeitig sollten die Mainzer Stadt- und Stadtteilpolitiker über das Konzept der geplanten „Mainzelbahn“ informiert werden, Schwachpunkte und Schwierigkeiten nicht verschwiegen, sondern offensiv diskutiert werden. Vorstand Detlev Höhne und Jochen Erlhof von der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) versprachen, die Bürger umfassend anzuhören und am Verfahren zu beteiligen. Bisher zahlt sich dieses Vorgehen nicht aus: Die Gegner des Straßenbahn-Ausbaus formieren sich und zeigen dabei – wie jüngst bei der Livesendung des SWR-Fernsehens vor dem Bürgerhaus Lerchenberg – eine Aggressivität, die weder dem Thema noch gar dem Stand des Verfahrens angemessen ist.

Da wurde lautstark geschimpft und gepölkert, wenn Erlhof oder Grünen-Frak-

tionschefin Katrin Eder ihre Argumente vortragen wollten, von Herren im gesetzten Alter, die sich ein solches Verhalten bei ihren eigenen Sprösslingen sicherlich verbeten hätten. Das Schlimmste dabei: Viele „Mainzelbahn“-Gegner wollen die Gründe für den Tramausbau offenbar erst gar nicht hören.

Damit ist es sicher auch zu erklären, dass sich diese Bürger in Rage gesteigert haben, noch bevor ihnen das Projekt in einer Einwohnerversammlung kommenden Mittwoch überhaupt detailliert vorgestellt worden ist. Dass dies erst sieben Wochen nach der ersten Ankündigung in einer Pressekonferenz geschieht, ist sicher suboptimal. Als Rechtfertigung für die verbalen Handgreiflichkeiten, die mancher Projektgegner aussteilen zu müssen meint, kann das nicht dienen.

Ohnehin sind insbesondere die „Mainzelbahn“-Gegner einem großen Missverständnis erlegen, wenn sie Stadtwerken oder MVG nun „Zeitdruck“ vorhalten, weil bis zur entscheidenden Abstimmung im Stadtrat nicht jede Frage befriedigend beantwortet werden könne. Natürlich kann

sie das nicht, denn ein Großteil der Fragen kann erst durch konkrete Planungen geklärt werden, die auf den Ratsbeschluss folgen sollen. Und mit der Ratsentscheidung wird auch keineswegs die „Mainzelbahn“ schon auf die Schiene gesetzt. Vielmehr wollen sich Stadtwerke und MVG schlicht – eine Lehre aus der Kohledebatte – den auch schon millionenschweren Planungsbeginn noch einmal absegnen lassen, obwohl sie dies juristisch nicht einmal müssten.

Erschwert wird die Debatte durch die unklare Rolle der CDU, aufgrund deren Änderungsantrag im Stadtrat die Trasse zum Lerchenberg ja erst geprüft wurde. Wer jetzt – wie der Marienborner Ortsvorsteher Bernd Noll – erklärt, es habe nie darum gehen sollen, Häuser abzureißen, täuscht die Bürger: Als die Straßenbahntrasse vor vielen Jahren im Flächennutzungsplan festgelegt wurde, stand beispielsweise der Eierhof Stauder schon – und Noll war seinerzeit Mitglied des Stadtrats. Solche Unredlichkeiten helfen sicher nicht, die Debatte zu versachlichen. Und das ist mittlerweile dringend geboten.